

Das Ende der Wohlfahrtsökonomik

Die Überwindung des Ökonomismus durch logische Analyse der ökonomischen Sprache

Von einer Sozialwissenschaft wie der Nationalökonomie erwartet man im allgemeinen, daß ihre Erkenntnisse in irgendeiner Form dem sozialen Leben nutzbar gemacht werden können, daß sie also nicht nur zur Erklärung historischer Ereignisse, sondern darüber hinaus zur Gestaltung der sozialen Wirklichkeit verwendbar sind. Seit ihrer Entstehung im Jahrhundert der Aufklärung ist die Nationalökonomie dieser Erwartung stets in starkem Maße entgegengekommen, allerdings oft in einer Weise, die sie dem kritischen Denken verdächtig machen mußte, denn ihre Aussagen dienten vielfach offensichtlich der Legitimierung partikularer politischer Interessen. Der politische Charakter der Nationalökonomie scheint mit ihrer wissenschaftlichen Dignität nicht immer im Einklang zu stehen. Wir wissen heute, daß dieser Verdacht insoweit gerechtfertigt ist, als das ökonomische Denken infolge seines teilweise naturrechtlichen Ursprungs und seiner Beeinflussung durch den Utilitarismus und den deutschen Idealismus nachkantischer Prägung ideologische Elemente enthält, die sich noch in den neuesten wissenschaftlichen Diskussionen und erst recht im Bereich der wirtschaftspolitischen Alltagsrasonnements bemerkbar machen. Der politischen Ökonomie des 18. und 19. Jahrhunderts entstammen die beiden Ideologien, die das geistige Rüstzeug der beiden in der heutigen Welt miteinander rivalisierenden Machtgruppen und Sozialsysteme ausmachen.

Daß die These vom ideologischen Gehalt des Marxismus und der marxistischen Ökonomie heute bei uns kaum noch auf Widerspruch stößt, verdanken wir einer Fülle ideologiekritischer Untersuchungen, die paradoxerweise in mancher Beziehung auf marxistischen Denktraditionen beruhen, d. h. also gewissermaßen der Anwendung marxistischer Methoden auf das marxistische System¹⁾, vor allem aber auch der Tatsache, daß das politische Klima des Westens heute einer solchen Kritik günstig ist. Die Erkenntnis des ideologischen Charakters der liberalen Ökonomie stößt demgegenüber verständlicherweise auf größere Schwierigkeiten, obwohl auch in dieser Beziehung eine durchaus beachtliche kritische Literatur vorliegt. Gerade der Gegensatz zum Marxismus, der ja überhaupt einer „Remythologisierung“ des westlichen Denkens²⁾ sehr förderlich zu sein scheint, wirkt naturgemäß bei uns als Hindernis für die Verbreitung einer auf eigene Positionen angewandten Ideologiekritik. Die institutionell gestützte Ideologie des Ostens verhindert die wirksame Kritik der westlichen Gegenideologie, eine Tatsache, die man möglicherweise zum Teil auf die oft beobachtete Tendenz zurückführen kann, die eigene Wertposition mit ihrer Legitimation durch pseudo-objektive Sprachsysteme und Denkformen zu identifizieren. Tatsächlich aber kann die Ideologiekritik nur den Wertpositionen gefährlich werden, die auf Illusionen beruhen. Die persönliche Entscheidung für bestimmte Ideale ist nicht unbedingt von der Möglichkeit ihrer Intellektualisierung abhängig.

Den geistesgeschichtlichen Hintergrund der liberalen Ökonomie bilden die Naturrechtsphilosophie und der Utilitarismus, beides moralmetaphysische Systeme, denen die Anschauung zugrunde liegt, man könne politisch-moralische Entscheidungen unmittelbar der Erkenntnis wirklicher Zusammenhänge entnehmen. Das naturrechtliche Denken vollzog diese Operation mit Hilfe des Begriffs einer rational einsehbaren „natürlichen Ordnung“, in die die eigene Wertposition zunächst hineingedeutet wurde, damit man sie dann im Bedarfsfalle wieder daraus ableiten konnte³⁾. Der Utilitarismus bediente sich des ange-

1) Siehe dazu Ernst Topitsch: Gesetz und Handlung. Zur Kritik der marxistischen Geschichtsphilosophie, Merkur, 8. Jg. 1954. In dieser Analyse zeigt sich, daß die Fortsetzung der Ideologiekritik mit positivistischen Mitteln auf den Marxismus zurückschlägt.

2) Siehe dazu Topitschs Ausführungen auf den diesjährigen Alpbacher Hochschulwochen, die hoffentlich in irgendeiner Form einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden.

3) Auf diese Weise war es möglich, daß naturrechtliche Gedanken zur Stützung der verschiedensten miteinander unvereinbaren Wertüberzeugungen verwendet werden konnten. Siehe dazu Myrdal, Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung, Berlin 1932, Kelsen, The Natural-Law Doctrine before the Tribunal of Science, in Natural Law and World Law, Tokio 1954, sowie Ernst Topitsch, Vom Ursprung und Ende der Metaphysik, Wien 1957.

lich empirisch einsichtigen Prinzips „des größten Glücks der größten Zahl“, einer inhaltlich völlig unbestimmten Formulierung, die aber gerade deshalb für die verschiedensten Deutungen brauchbar war. In beiden Fällen erfolgte die politische Anwendung ökonomischer Systeme also mit Hilfe der Interpretation von Leerformeln⁴⁾. Diese Formeln habe zwar keinerlei Erkenntniswert, aber sie sind dafür politisch sehr „fruchtbar“, da sie sich „für alle Arten institutioneller Menschenführung besonders eignen. Sie erwecken — zumal bei den Geführten — den Eindruck unerschütterlicher Stetigkeit der obersten Grundsätze, während sie die lenkenden Autoritäten bei ihren konkreten Entscheidungen in keiner Weise behindern⁵⁾.“

Die oben angeführte Benthamsche Leerformel hat vor allem auch die neoklassische Nationalökonomie befruchtet, indem sie zum Vorbild analoger Formulierungen wurde, die die praktische Verwendung ökonomischer Doktrinen ermöglichen sollten. Von den verschiedenen Maximumtheoremen neoklassischen Stils, der These der Maximierung der Bedürfnisbefriedigung, des sozialen Nutzens, der wirtschaftlichen Wohlfahrt, des Sozialprodukts, bei vollständiger Konkurrenz bis zur Bestimmung der optimalen Produktions- und Austauschbedingungen in der neueren Wohlfahrtsökonomik, zur Konstruktion von Kompensationsprinzipien und zur Festsetzung einer sozialen Wohlfahrtsfunktion hat dieses Benthamsche Prinzip immer wieder zur erneuten Formulierung mehr oder weniger verschleierte normativer Aussagen geführt, die ihre politische Verwendbarkeit vorzugsweise ihrem Mangel an Gehalt verdanken. Die „natürliche Ordnung“ des anderen Zweiges der rationalistischen Moralmetaphysik ist in den Gleichgewichtskonstruktionen der statischen Konkurrenztheorie wiederzufinden, die in den meisten Fällen den versteckten Übergang vom positiven zum normativen Denken erleichterten und mit den Maximal- und Optimalprinzipien zu einem einheitlichen Gedankengebäude verschmolzen.

Der fiktive Zustand des *totalen Gleichgewichts bei vollständiger Konkurrenz*, der nach Auffassung neoklassischer Theoretiker mit einem „Maximum an Sozialprodukt“ verbunden war, wurde auf diese Weise zum *Optimalzustand* der Wirtschaftsgesellschaft deklariert. Es entsprach offenbar der „Natur der Sache“, dem „Wesen der Wirtschaft“, daß ein Zustand, der für die Versorgung der Wirtschaftssubjekte angeblich so günstig war, nur bei vollständiger Konkurrenz zustande kommen konnte. Daß ein solcher Zustand gleichzeitig noch darüber hinaus mit einer *gerechten Verteilung* des Sozialprodukts verbunden war, da jedes Mitglied der Wirtschaftsgesellschaft dabei mit seinem „produktiven Beitrag“ entlohnt wurde, war eine These, die zwar keine allgemeine Anerkennung fand, aber doch sehr häufig in der Diskussion auftauchte. Man operierte meist mit der Annahme einer „gegebenen“ Verteilung, ohne zu bemerken, daß schon die Trennung der Produktions- von der Verteilungsproblematik eine zumindest sehr schwer durchführbare gedankliche Manipulation war. Die Behauptung, daß bei vollständiger Konkurrenz gleichzeitig die „Souveränität des Konsumenten“, d. h. die Lenkung der Produktion im Sinne der tatsächlichen Konsumwünsche, gewährleistet sei, daß die Unternehmer also gewissermaßen eine „vikarische Funktion“ (Vertretung der Konsumenten) erfüllten, schien dagegen mit dem Maximumtheorem so eng zusammenzuhängen, daß sie unbedenklich anerkannt werden konnte⁶⁾. Den Unterbau des ganzen Systems bildete die Nutzentheorie in ihrer kardinalistischen, später in ihrer ordinalistischen Version, die ja, wie ein neuerer Kritiker der Wohlfahrtsökonomik festgestellt hat⁷⁾, keine Erklärung des Konsumenten-

4) Die Bedeutung dieser Operation für das ideologische Denken wurde vor allem durch die Forschungen Kelsens, Myrdals, Alf Ross' und Topitschs aufgeheilt.

5) Ernst Topitsch, *Soziologie des Existentialismus*, Merkur 7. Jg. 1953.

6) Dieser Zusammenhang ist tatsächlich ein rein logischer, wie ich in meiner Schrift: *Ökonomische Ideologie und politische Theorie*, Göttingen 1954, zu zeigen versucht habe. Da logische Zusammenhänge aus den Gebrauchsregeln der Sprache folgen, wie durch moderne Forschungen zur Logik klargestellt wurde, verliert die „Notwendigkeit“ der Verbindung von Maximum- und Souveränitätsthese viel von ihrer Überzeugungskraft. Wer den Sprachgebrauch des Ökonomismus nicht akzeptiert, braucht auch die Argumente nicht anzuerkennen, die sich einzig und allein auf die Konventionen dieser Sprache stützen.

7) Siehe dazu Little, *A Critique of Welfare Economics*, Oxford 1950, S. 52. Zur Kritik des Ordinalismus siehe auch Gérard Gáfen, *Der ökonomische Behaviorismus*, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 9. Jg. 1957.

DAS ENDE DER WOHLFAHRTSÖKONOMIK

Verhaltens ermöglicht, sondern nur ein „Verhaltenssystem“, ein Beschreibungsschema zur Konkretisierung wohlfahrtsökonomischer Formeln, liefert.

Der Versuch, die objektive Begründung politischer Maßnahmen und Anschauungen unmittelbar aus der Analyse der faktischen Zusammenhänge zu gewinnen, war an sich von vornherein aus logischen Gründen zum Scheitern verurteilt. Schon *Max Weber* hat in seinen Aufsätzen zum Werturteilsproblem⁸⁾ in klarer Weise dargelegt, daß mit den Mitteln positiver Wissenschaft keine politische Stellungnahme begründet werden kann. Die Myrdalsche Kritik am ideologischen Gehalt der Nationalökonomie⁹⁾ hat diese These im einzelnen an den Anschauungen wesentlicher Vertreter des klassischen und neoklassischen Denkens exemplifiziert und erhärtet. Die weitere Entwicklung der Wohlfahrtsökonomik nach Erscheinen des Myrdalschen Buches führte zu den Kompensationsprinzipien von *Kaldor*, *Hicks* und *Scitovsky* und zur Idee der sozialen Wohlfahrtsfunktion bei *Bergson* und *Samuelson*. Während der Kompensationsgedanke schon deshalb der Kritik zum Opfer fallen mußte, weil der Versuch, Produktion und Verteilung voneinander zu trennen, nicht gelingen konnte, und weil er ohne Wertprämissen zu politischen Konsequenzen führen sollte, scheiterte die Idee der sozialen Wohlfahrtsfunktion, die die Vermeidung dieser Schwierigkeit zu erlauben schien, an der Tatsache, daß man sie gerade zu diesem Zweck als Leerformel konstruieren mußte.

Die Situation der Wohlfahrtsökonomik und überhaupt der politischen Ökonomie stellt also ein echtes Dilemma dar: Entweder man vermeidet die Einführung expliziter Wertprämissen dadurch, daß man ein oberstes Prinzip einführt, das jede beliebige Interpretation zuläßt und daher praktisch nicht verwendbar ist, oder man gibt die Objektivität der Wissenschaft auf, indem man sich als Wissenschaftler mit bestimmten Wertpositionen identifiziert und diese zu Bestandteilen wissenschaftlicher Aussagensysteme macht¹⁰⁾.

Andere Lösungen der Problematik müssen sich pseudo-objektiver Formulierungen bedienen und fordern daher beim heutigen Stande der Erkenntnis nur noch die sprachanalytisch fundierte Ideologiekritik heraus. Ihre politische Wirksamkeit ist daher davon abhängig, wie weit heute die Fähigkeit verbreitet ist, ideologische Praktiken zu durchschauen. Daß die Verfechter pseudo-objektiver Theorien durchaus in gutem Glauben handeln können, tut natürlich der objektiven Unhaltbarkeit ihrer Argumentation keinen Abbruch. Ideologiekritik geht ja auf sachliche Entschleierung, nicht auf persönliche Diffamierung aus. Es waren nicht immer die unbedeutenden und unfruchtbaren Vertreter der Sozialwissenschaften, bei denen man ideologische Denkformen antraf.

Wenn man das oben charakterisierte Dilemma betrachtet, dann scheint es so, als ob die praktische Verwendbarkeit der Sozialwissenschaften auf Hindernisse stieße, die den Naturwissenschaften vollkommen fremd sind. Naturwissenschaftliche Theorien brauchen nur technologisch umformuliert zu werden, um in den Dienst der Lebenspraxis gestellt werden zu können. Aus Aussagen über kausale Beziehungen werden auf diese Weise Aussagen über die Beziehungen möglicher Zwecke, Mittel und Nebenwirkungen, die man zu technischen Konstruktionen verwenden kann. Warum sollten sozialwissenschaftliche Theorien nicht in gleicher Weise der Praxis dienstbar gemacht werden? Man sieht, daß die praktische Nützlichkeit der Wissenschaft in diesem Falle nicht darauf beruht, daß sie dem Handelnden die Entscheidung abnimmt, sondern darauf, daß sie ihm seine Handlungsmöglichkeiten zeigt. Die wertfreie Wissenschaft ist von größter praktischer

8) Siehe dazu Max Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, 2. Aufl. Tübingen 1951.

9) Gunnar Myrdal, *Das politische Element der nationalökonomischen Doktrinbildung*, Berlin 1932. Das Buch liegt jetzt in englischer Übersetzung vor: *The Political Element in the Development of Economic Theory*, London 1953.

10) Dieses Dilemma haben die „antiplatonischen Normativisten“ unter den Sozialtheoretikern, also diejenigen, die den mangelnden Erkenntnisgehalt der Werturteile zugeben und trotzdem normative Wissenschaft treiben wollen (dazu gehören z. B. Little, Myrdal und in Deutschland Weisser, möglicherweise auch Peter), erkannt und werden damit fertig, in dem sie Wertprämissen als persönliche Bekenntnisse einführen. Das ist logisch ebensowenig angreifbar wie das Verfahren der „Antinormativisten“, die Werturteile auf Grund ihres subjektiven Charakters aus der Wissenschaft ausschließen wollen. Entsprechend dieser methodologischen Auffassung liegen ja schon gewisse Ansätze normativer Sozialwissenschaft vor (s. z. B. Weisser, *Grundsätze der Verteilungspolitik*, in *Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung*, Berlin 1954).

Bedeutung, weil man sie technologisch reformulieren und anwenden kann¹¹⁾). Ihre Lebensbrauchbarkeit leidet gar nicht darunter, daß man sie von politisch-moralischen Wertungen säubert.

Allerdings muß man sich vor dem Trugschluß hüten, die Anwendung des Zweck-Mittel-Schemas auf politische Gestaltungsprobleme ermögliche die wertmäßige Neutralisierung eines Teiles der praktischen Problematik. Diese Idee lag gerade auch der alten politischen Ökonomie zugrunde, die ja meist nur die Zielsetzung der Politik auf Grund der vernünftigen Einsicht in die „Natur der Dinge“ bestimmen zu können, bei der Ableitung der richtigen Mittelverwendung aber die Einzeltatsachen berücksichtigen zu müssen glaubte. Die Zielsetzung schien selbstverständlich zu sein, der Bereich der Mittelverwendung aber ohne weiteres neutralisierbar, da hier nur eine abgeleitete „instrumentale“ Bewertung in Frage zu kommen schien.

Die wissenschaftstheoretische Diskussion hat gezeigt, daß dieser „Instrumentalismus“ auf einem weit verbreiteten Vorurteil beruht, das der logischen Kritik nicht Stand hält¹²⁾, nämlich auf der ungerechtfertigten Identifikation von „Zwecken“ und „Werten“. Warum eine solche Identifikation nicht möglich ist, läßt sich am besten an einem Beispiel zeigen¹³⁾: Die Formulierung der optimalen Produktions- und Austauschbedingungen ging in der traditionellen liberalen Ökonomie von der Voraussetzung aus, daß die Befriedigung der Konsumbedürfnisse „das“ Ziel der Produktion sei und daß diese daher in bezug auf dieses Ziel bewertet werden müsse. Das Ziel selbst ergab sich ja angeblich aus dem „Wesen der Wirtschaft“, die auf menschliche Bedürfnisbefriedigung hin „angelegt“ sei. Dabei wurde übersehen, daß z. B. die kooperativen Beziehungen in der Produktionssphäre menschliche Beziehungen, daß die Produktionsbedingungen menschliche Arbeitsbedingungen sind, die einer selbständigen, nicht auf dieses Ziel bezogenen Bewertung unterliegen können und auch tatsächlich unterliegen.

Daß der Kunstgriff, alle Wertsetzungen definitiv mit Zielsetzungen zu identifizieren, keineswegs zur Abgrenzung einer „wertneutralen“ Sphäre führt, ist leicht einzusehen, da Tatbestände, die in einer Beziehung als bloße Mittel betrachtet werden, in anderer Beziehung wieder einer selbständigen Wertung zugänglich sind¹⁴⁾. Wenn man also eine technologische Umformung ökonomischer Theorien anstrebt, dann kann das keinesfalls bedeuten, daß dadurch Sätze zustande kommen, die die Verwendung bestimmter Mittel „nahelegen“ oder „empfehlen“. Auch die „Rechtfertigung“ bestimmter Mittel durch die Ziele ist ein moralisches und kein technologisches Problem. Der Instrumentalismus entspringt einem Mißverständnis der Technologie, die immer nur Möglichkeiten aufzeigen kann. Jede praktische Verwendung der Wissenschaft, auch zur Auswahl der Mittel, darin ist den Normativisten zuzustimmen, erfordert politisch-moralische Entscheidungen, gleichgültig, ob man ihnen durch Formulierung expliziter Werturteile Ausdruck verleiht oder nicht. Die Frage der Notwendigkeit der Einführung expliziter Werturteile in dem Aussagenzusammenhang der ökonomischen Theorie ist allerdings damit noch keineswegs in positiver Hinsicht entschieden. Aber das ist ein Problem, das ich hier nicht behandeln will. Das Ende des Ökonomismus, d. h. der pseudo-objektiven politischen Argumentation mit Hilfe ökonomischer Formulierungen scheint mir jedenfalls nach Lage der Dinge besiegelt zu sein, wenigstens, soweit wissenschaftliche Gründe in Betracht kommen.

11) Daß auch der wertfreien Wissenschaft bestimmte Entscheidungen und damit Wertungen hinsichtlich der Problemstellung, der Abgrenzung des Objektbereichs usw. zugrunde liegen, soll natürlich nicht bestritten werden. Diese Tatsache hat schon Max Weber gesehen. Es handelt sich hier um die „Wertbasis“ der Wissenschaft, nicht um bestimmte „Wertprämissen“, also Werturteile innerhalb wissenschaftlicher Aussagensysteme. Diese Grundlagenproblematik besteht für jede Wissenschaft und darf nicht mit dem Werturteilsproblem verwechselt werden. Jede Beschreibung und Erklärung ist «selektiv» und insofern an Entscheidungen hinsichtlich ihrer Relevanz gebunden.

12) Siehe dazu Gunnar Myrdal, Das Zweck-Mittel-Denken in der Nationalökonomie, Zeitschrift für Nationalökonomie Bd. 4, Wien 1933, Friedrich A. Lutz, Politische Überzeugungen und nationalökonomische Theorie, Zürich 1953, wiederabgedruckt im Ordo-Jahrbuch Bd. IX, sowie, auf Myrdal fußend, Paul Streeten, Programs and Prognoses, The Quarterly Journal of Economics, Jg. 1954

13) Dieses Beispiel habe ich von Paul Streeten, a. a. O. S. 365 übernommen.

14) Zur eingehenden Begründung dieser These siehe Paul Streeten, a. a. O., S. 364 ff. Siehe dazu auch Gerhard Weisser, 2. B. in seinem Aufsatz „Grundsätze der Verteilungspolitik“ a. a. O.